

Herrn Jens Spahn
Bundesgesundheitsminister

11055 Berlin

Stellungnahme zur

„Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2“

des Bundesministeriums für Gesundheit vom 09.06.2020

Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister Spahn,

während die Testung von Patienten mit Symptomen bei Verdacht auf Covid-19-Erkrankungen bisher problemlos möglich war, gab es eine Regelungs- bzw. Erstattungslücke für Testungen asymptomatischer Personen. Diese sollte mit der vorliegenden Verordnung geschlossen werden, was wir prinzipiell begrüßen.

In Ihrer am 09.06.2020 publizierten Verordnung wird die Erstattung der Testungen von Personen im Rahmen der Bekämpfung von Ausbrüchen (§ 3) sowie von Screening-Testungen bei asymptomatischen Personen (§ 4 - Patienten / Pflegebedürftige oder Mitarbeiter) in medizinischen Gemeinschaftseinrichtungen geregelt. Das sind zweifellos zwei Gebiete, die dringend überwacht werden müssen.

Allerdings gibt es einen Unterschied in den Zugangsberechtigungen: Während das Anwendungsgebiet für Testungen im Rahmen von Ausbrüchen relativ breit gefasst ist und auch Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen umfasst (§ 23, Absatz 3, Satz 3 IfSG), sind diese bei der Testung asymptomatischer Personen (§ 4) nicht berücksichtigt. Hier werden unter anderem Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, jedoch keine Rehabilitationseinrichtungen genannt.

Es besteht somit keine Möglichkeit der Kostenübernahme für Patienten vor oder nach Aufnahme in eine Rehabilitationseinrichtung und auch keine Kostenübernahme für präventive Testungen von Mitarbeitern in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.

**Fachgesellschaftsübergreifendes
Redaktionskomitee der SARS-CoV-2,
COVID-19 und (Früh-)Rehabilitation-
Leitlinie**

zugehörig zur
„AWMF-Task Force COVID-19 Leitlinien“

Federführende Fachgesellschaft:

Deutsche Gesellschaft für
Neurorehabilitation (DGNR) e.V.

**Beteiligte Fachgesellschaften
im Redaktionskomitee:**

Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie
(DGEpi) e.V.

Deutschen Gesellschaft für Klinische
Psychotherapie, Prävention und
Psychosomatische Rehabilitation (DGPPR)
e.V.

Deutsche Gesellschaft für
Krankenhaushygiene (DGKH) e.V.

Deutsche Gesellschaft für Physikalische
und Rehabilitative Medizin (DGPRM) e.V.

Deutschen Gesellschaft für Pneumologie
und Beatmungsmedizin (DGP) e.V.

Deutsche Gesellschaft für Prävention und
Rehabilitation von Herz-
Kreislaufkrankungen (DGPR) e.V.

Deutsche Gesellschaft für
Rehabilitationswissenschaften (DGRW) e.V.

Beratendes Mitglied:

Prof. Dr. Axel Kramer
Institut für Hygiene und Umweltmedizin,
Universitätsmedizin Greifswald (UMG)

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. med. Thomas Platz
BDH-Klinik Greifswald gGmbH
An-Institut der Universität Greifswald
Karl-Liebknecht-Ring 26a
17491 Greifswald
Tel. 03834/871-490
Email t.platz@bdh-klinik-greifswald.de

Diese würde nur im Zusammenhang mit einem konkreten positiven Fall bzw. Ausbruchsgeschehen möglich sein.

Im Namen der unterzeichnenden Fachgesellschaften möchten wir feststellen, dass die Regelungen dieser Verordnung zur Verhinderung von Ausbrüchen in Rehabilitationskliniken nach unserer Meinung nicht effektiv sein können. In Anbetracht von über 1.000 Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 150.000 Betten in Deutschland, sehen wir es daher als erforderlich an, diesen Bereich in die Prävention einzubeziehen. Es ist nicht zielführend, in der kontinuierlichen Behandlungskette Akutbehandlung – Rehabilitation – ambulante (pflegerische) Versorgung nur dem ersten und letzten Segment die Möglichkeit präventiver Kontrollen zu geben und dem Bindeglied nur dann, wenn es zu Fällen bzw. Ausbrüchen gekommen ist. Diese Lücke ist auch insofern unverständlich, weil Testungen im Vorfeld ambulanter Operationen, die sich nur über einige Stunden erstrecken, abgedeckt sind, nicht aber mehrwöchige medizinische Rehabilitationen mit intensiver therapeutischer Behandlung in mitten einer größeren Zahl von gemeinschaftlich untergebrachten Patienten.

Mit der derzeitigen Festlegung kann unser aller gemeinsames Ziel dieser Verordnung, nämlich die grundlegende Kontrolle des Ausbruchsgeschehens, nicht erreicht werden.

Es ist uns bewusst, dass es finanzielle Vorbehalte gibt, Krankenkassen für Testungen in Einrichtungen heranzuziehen, deren Patienten auch von anderen Kostenträgern (Rentenversicherung, Berufsgenossenschaften) belegt werden. Dem Vernehmen nach sollten die Kosten letztendlich ohnehin durch den Bund getragen werden, so dass dieses Argument eigentlich nicht zählen kann. Als medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaften sehen wir aber in erste Linie die Notwendigkeit einer umfassenden Infektionskontrolle. Diese ist - wie oben ausgeführt – nur bei einem systematischen Vorgehen über Segmente und Kostenträger hinweg zu erreichen.

Um auch die Rehabilitationskliniken mit einer krankenhausaähnlicher Behandlung mit abzudecken, schlagen wir folgende Änderung der vorliegenden Verordnung vor:

In § 4, Abs. 2, Nummer 2:

... und § 23, Absatz 3, Satz 1, Nummer 1 und 3 des Infektionsschutzgesetzes ...

In § 4, Abs. 2, Nummer 3:

... und § 23, Absatz 3, Satz 1, Nummer 1 und 3 des Infektionsschutzgesetzes ...

Mit dieser textlichen Änderung wären die Ziele der o. g. Verordnung wenigstens für den Bereich der Rehabilitationskliniken sinnvoll umzusetzen. Wir bitten Sie dringend um diese Korrektur, um das bisher sehr gut überstandene SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen nicht wieder unnötig anzufachen. Zudem ist es für alle Rehabilitanden von besonderer Wichtigkeit die Sicherheit zu haben, dass für sie durch eine medizinisch indizierte und wichtige Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme kein erhöhtes Risiko für eine SARS-CoV-2-Infektion entsteht. Als medizinische Fachgesellschaften sehen wir mit großer Sorge die vielfältigen Hinweise auf Pandemie-bedingtes Nicht-Inanspruchnahmeverhalten und weisen auf die resultierenden persönlichen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen hin.

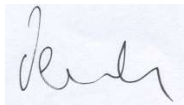
Stellungnahme zur
„Verordnung zum Anspruch auf bestimmte Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem
Coronavirus SARS-CoV-2“

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Greifswald, 19.06.2020



Prof. Dr. Thomas Platz (DGNR/Koordinator)



Dr. Stefan Dewey (DGP)



PD Dr. Christian Dohle (DGNR)



Prof. Dr. M. Exner (DGKH)

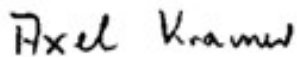
Prof. Dr. Eva Grill (DGEpi)



Prof. Dr. Volker Köllner (DGPPR)



Prof. Dr. med. Gert Krischak (DGPRM)



Prof. Dr. Axel Kramer (UMG)



Prof. Dr. Axel Schlitt (DGPR)



Dr. Konrad Schultz (DGRW)